

Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Zeitung für Stadt u.

Kreis Merseburg



„Amtliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.“

Nr. 24. Dienstag, den 29. Januar 1918. 158. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen.

Seite 4 und 6 betr.:

1. Elektrische Bahn Merseburg-Mücheln.
2. Zweiter Termin der Sengkürung in der Provinz Sachsen.
3. Gewährung von Zulagen an Invaliden usw. Rentenempfänger.
4. Neues Verzeichnis der Prüfungsordnung für Ärzte.
5. Ortsrichterverwahl für die Gemeinde Burgladen.
6. Festlegung der Wochenfettmenge.

Tageschronik

Neue Rede Rühlmanns im Hauptauschuß.
Troßki hat keine großen Hoffnungen auf Frieden.
Zunahme der Selbstherrlichkeit Rußlands.
Rußisch-rumänischer Krieg?
Die Unruhen in Südfrankreich.
Neue große U-Wortbeute.
Die „Göben“ wieder vollständig aktionsfähig.

Hertling-Czernins Echo und die Friedensfrage.

Das Echo, das die Reden des Grafen Hertling und Czernin in der Auslandspresse gegen ihn, beweist, daß in England und Frankreich eine gutwillige Bereitschaft zur Verständigung nicht vorhanden ist, mit der wir uns selbst bei allerbesten Willen abzugeben vermöchten. Die Ausstellungen der Pariser wie der Londoner Presse trieben von Gehässigkeit und Großsprecherei. Nach jeder Meinung haben die Militärs und die Alldeutschen bei uns noch immer Oberwasser, eine Unterstellung, die sie mit gutem Grunde für sich den Großblättern unserer Fortschrittler, Demokraten und Sozialdemokraten entnehmen. Besonders erbot sich man in London über Graf Hertlings Auffassung von der Freiheit der Meere, die jeder Engländer natürlich nur als im Sinne englischer Weltanschauung aufgefaßt sehen will!

Wenn Neuter aus Washington die Stimmung korrekt berichtet, so beweist dies, daß Graf Czernins Absichtensrichtung die von uns durchaus erwartete Aufnahme findet, und daß die Haltung Graf Hertlings gegenüber Wilson durchaus eine energische und kräftige Abwehr und Widerlegung hätte aufweisen dürfen, ohne eine wesentliche andere Aufnahme erwarten zu lassen, wie die überaus losbischlämme Verwahrung, die der Reichstagler gegen Wilsons freche Zumutungen vorzubringen wußte. Das betr. Neutertelegramm lautet:

Washington, 25. Januar (Neuter). In höchsten amtlichen Kreisen herrscht die Ansicht, daß, so weit man nach den kurzen gefassten Urteilen der Reden Hertlings und Czernins urteilen könne, kein wirkliches Fortschreiten auf den schließlichen Frieden hin in ihren Verhandlungen zu finden sei. Die Ausdrücke Czernins werden als verächtlicher betrachtet, als seine früheren Äußerungen, aber über Hertling wird gemeint, daß er sich unangenehmiger und militärischer zeige, als zur Zeit, da er sein Amt übernahm. Abgesehen von unbestimmten Allgemeinheiten, so urteilt man, zeigten die Mittelmächte keine Neigung, ihre extremen Forderungen (1) aufzugeben.

Das dürfte in der Tat genügen!

Die neutrale Presse

sieht den Stand der Dinge als kaum verändert an. In Holland schied man nur in den Beziehungen zwischen London und Washington einseitig von Berlin und Wien andererseits den grundsätzlichen Verhandlungsbeginn der Friedensunterhandlungen.

Staatssekretär von Rühlmann

ist wieder nach West-Litauen abgereist und auch von Herrn Troßki wird gemeldet, daß er erst nach Kronstadt sich begeben habe, um von dort nach West weiter zu reisen.

Troßkis geringe Erwartungen.

Stockholm, 26. Januar. Die „Pet. Världstidning“ veröffentlicht einen von Troßki herkommenden Artikel, in dem dieser darzustellen läßt, daß die West-Litowster Verhandlungen kein anderes Ergebnis haben würden, als das bisher erreichte. Gleichseitig bringen die offiziellen Organe „Parade“ und „Jovollja“ außerordentlich harte Kritiken über die von Rühlmann und Czernin geübte Verhandlungstaktik, sowie über die deutsche Berichterstattung.

Man wird hoffentlich nicht unterlassen, in West Herr Troßki und seine Kumpanen nunmehr energisch zu verurteilen, ebensolche Bitterkeit zu verbreiten, andererseits ein Abbruch der unnützen Verhandlungen und eine Kündigung des Waffenstillstands sich nötig machen dürfte.

Finnland will auch in West vertreten sein.

Stockholm, 27. Januar. Wie „Stock. Tid.“ aus Helsingfors erzählt, hat der finnische Landtag eine Abordnung bestimmt, die Finlands Interessen bei den Friedensverhandlungen in West-Litowst vertreten soll; sie besteht aus drei Bürgerlichen und drei sozialistischen Mitgliedern, u. a. dem früheren Senatoren Hell und Steiroh, Professor Erich, Redakteur Strola und Walliger Wt.

Dom Krieg und Frieden. Aus dem Osten Gegen die „roten Despoten“.

Petersburg, 25. Januar. In der Nacht vom 23. zum 24. Januar waren von unbekanntem Herkommen an allen Straßen Petersburgs rote Plakate angehängt, auf denen ein Aufruf an das russische Volk zur allgemeinen Erhebung gegen die „roten Despoten“ aufgeführt wird. Das Plakat hat in Smolny beträchtliche Nervosität hervorgerufen. Die Oppositionsparteien werden durch die marxistische Diktatur mehr und mehr gezwungen, von der bekannnten Methodik des Zornismus zurückzutreten, um eine Möglichkeit zur Verständigung mit dem Volke zu erhalten. Die geheimen Kongresse sind zurzeit noch zahlreicher als unter den Schreckentagen des Zornismus. Die marxistische Presse, die sich aller Einzelheiten der bürgerlichen und gemäßigtsocialistischen Zeitungen bemächtigt hat, bringt eine Mitteilung von der Einberufung eines Geheimkongresses der „national orientierten Großgrundbesitzer zur Rettung des Landes vor der Hungersnot“. In zahlreichen Straßen finden Schärmegefechte zwischen den roten Garben und den gemäßigten Arbeitern und Soldaten statt.

Kämpfe mit der roten Garde in Finnland.

Stockholm, 24. Januar. Laut einem Telegramm aus Helsingfors an „Stock. Tid.“ haben sich einem Bericht zufolge drei Garde-Regimenter auf die Seite der Konstitutionellen gestellt und den Kampf gegen die Bolschewiki aufgenommen. Von Finnland sind mehrere russische Militäreinheiten nach Petersburg abgegangen. In Finnland selbst gestaltet sich die Lage immer drohender. In mehreren Orten liegen Schutz-Garden im Kampfe mit roten Garben.

Petersburg, 24. Januar. (B. T. A.) Meldungen aus Finnland berichten von Kämpfen zwischen der roten und weißen Garde. In Wiborg fanden blutige Zusammenstöße statt. Der Bahnhof wurde von der roten Garde genommen. Es geht das Gerücht, daß im Norden Finnlands bei Kuopio ein heftiger Kampf stattfand.

Ein Schredenstag für Moskau.

Kopenhagen, 26. Januar. Aus Saporanda wird gemeldet: Der letzte Dienstag war ein Tag voller Schrecken für Moskau. Gelegentlich eines von der bolschewistischen Garnison veranstalteten Straßenumzuges, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Sozialisten und gemäßigten Elementen. Einige Revolvergeschosse fielen an dem von Publikum dicht besetzten Theaterplatz zu heftigen Straßenkämpfen, bei denen die Bolschewiki Geschüge und Maschinengewehre benutzten. Die Opfer sollen 50 Tote und 200 Verwundete sein.

Kämpfe zwischen Ukrainern und Russen.

Wienerblätter melden aus Lemberg: Das ukrainische Partisanen-„Djelo“ erhält von der russischen Grenze die Nachricht, daß bei Lutz zwischen ukrainischen und bolschewistischen Truppen mit großer Erbitterung gekämpft werde. Der Angriff ging von den Ukrainern aus, die sich der beständig im Besitze der Bolschewiki befindlichen Stadt Lutz zu bemächtigen beabsichtigen. Der Kampf dauert bereits mehrere Tage. Der Kommandant der Bolschewikabteilung wandte sich an den Kommandanten der in diesem Frontabschnitt stehenden österreichisch-ungarischen Batterien mit der Bitte um Unterstützung. Diesem Wunsche wurde jedoch keine Hilfe geleistet.

Heftige Kämpfe unter den Kaufmännern entbrannt. Stockholm, 26. Januar. Nach Meldungen aus Merseburg haben im Kaufhaus und Vorderstraßen am Pla-

zeide Häuserbewegungen eingesetzt. Jene Häuser hatten die Gelegenheit für gelommen, ihre bisherigen Anliehspunkte zu verlassen und in anschlüssigere Gegenden einzuziehen. Durch diese Häuserwanderung sind im ganzen Kaufhausbezirk der Einfall der Schachfemmen. Sie haben die gemäßigten und georgischen Sicherungsabteilungen vollständig geflochten und bringen nun gegen die reichen kaufmännischen Kapitale vor. Durch den Vormarsch der Schachfemmen wird die russische Kaufmannschaft förmlich aus der Angeln gehoben, da ihre notwendigen Verbindungen mehr und mehr abgebrochen werden.

Weiter heißt es, daß die britische Regierung das Ansuchen der persischen Regierung und des Rates der Volksbeauftragten und Räumung der besetzten Gebiete Persiens von den englischen Besatzungstruppen abgelehnt hat. Die englische Regierung antwortete, daß die britischen Truppen in Südpersien zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit verbleiben müßten, damit nicht die in Mesopotamien operierende englische Armee gefährdet werden könne.

Die Munitionsvorräte in Wladawostok. Saag, 26. Januar. Die „Newport Times“ teilen mit, daß die in der ersten Welle von Munition und anderen Dingen in Wladawostok der Kontrolle der bolschewistischen Regierung entzogen worden seien. Wichtigenfalls werde man verdrängene Städte Sibiriens von den Japanern besetzen lassen, um die Ausübung der bolschewistischen Kontrolle auf den Bahnhöfen und Flüssen Sibiriens zu verhindern. Die englische Regierung hat von England und Japan Erklärungen über ihr Auftreten in Wladawostok verlangt.

Unzufriedenheit an der russischen Front. Der Berliner Korrespondent der „A. N.“ berichtet von einem Streit, der zwischen den Russen zurückgeführt ist, daß an der russischen Front über den schließlichen Verlauf der Friedensverhandlungen in West-Litowst nicht geringe Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ein Bericht der maximalistischen Blätter, den langsame Verlauf der Verhandlungen mit dem Widerstande der deutschen Kapitalisten zu erklären, die angeblich für Fortführung des Krieges seien, begegnet man in russischen Selbstentwerfen mit wenig Glauben. Man ist in diesen Kreisen vielmehr geneigt, die bisherige Ergebnislosigkeit der Verhandlungen den maximalistischen Unterhändlern zur Last zu legen, die ohne Rücksicht auf die Notwendigkeiten der jetzigen traurigen Lage Rußlands und der Bedürfnisse des Landes die Zeit mit fruchtlosen Erörterungen über maximalistische Grundfälle und Theorien vergeuden.

Die Nachricht geht offenbar auf Berliner offizielle Quellen zurück, deren Optimismus ja zur Genüge bekannt ist. Unrechtmäßiger Verkauf deutscher Schiffe in Rußland. Laut „Dagens Brev“ werden gegenwärtig im Hafen Helsingfors vor Anker liegend, bei Kriegsabbruch und während des Krieges von Rußland beschlagnahmten deutschen Dampfer von einem „Matrosenkomitee“ zum Verkauf angeboten. Das Blatt bemerkt, daß die Kriegsbeginn beschlagnahmten Schiffe bei Friedensschluß ihrem Eigentümer zurückgegeben werden müßten.

Eisenbahnstreit in Finnland?

Stockholm, 26. Januar. Aus Saporanda wird gemeldet, daß die allgemeine Einstellung des Eisenbahnverkehrs in Finnland, welche gestern als Vergeltung dafür beschloßen wurde, daß die rote Garde zwei Eisenbahnbeamte niederschossen hat, später auf die Strecke zwischen Petersburg und Simola nördlich Wiborg beschränkt wurde.

Eine Schlacht zwischen Russen und Rumänen.

Sofia, 23. Januar. Die Bulg. Tel.-Ag. erzählt aus Bada, einer Stadt in der nördlichen Dobrußa, folgende Depesche vom 23. Januar: Die russisch-rumänischen Beziehungen sind außerordentlich gespannt. Nach kurzen Gezeiten zwischen kleineren russischen und rumänischen Einheiten haben Kämpfe auch zwischen großen Truppenabteilungen begonnen. Zur gegenwärtigen Stunde ist die Welt Zeuge eines neuen Krieges zwischen den Verbündeten. Infolge des Vorwurfs der Rumänen, sich die Wagen mit Munition und des Wagenparks der Truppen des 4. Sibirischen Korps, bestehend aus der 9. und 10. russischen Division, zu bemächtigen, wird seit drei Tagen südwestlich Galatz zwischen den Russen Sereth und Pruth mit der heftigsten Erbitterung eine Schlacht geschlagen. Die rumänischen Truppen erhalten große Verstärkungen. Um nicht in die Hände der Rumänen zu fallen, haben die Soldaten einer russischen Brigade diesseits der durch den Waffenstill-

Rühlmanns zweite Rede im Hauptauschuß.

Berlin, 26. Januar. Der Hauptauschuß des Reichstags führte heute die Beratung der politischen Fragen fort.

Abg. David (Soz.): Die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen sind mager und wenig befriedigend. Ein Abschlus zu machen, hat sich nicht erfüllt. Von den Kriegstreibern wird die letzte Rede des Grafen Hertling als neues Friedensangebot bekannt. Hinsichtlich Belgiens ist die positive Erklärung von Seiten der Regierung abzugeben: Werden uns die Kolonien wiedergegeben, dann geben wir Belgien zurück. Die Schaumacher schaffen die Ursache für Streiks, nicht die Arbeiter.

Abg. Raumann (fortsetz.): Staatssekretär von Rühlmann hat uns die Schwere der Verhandlungen in Bresl gezeigt. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker sollte klar als Grundbegriff in die Mitte gerückt werden.

Die deutsche Regierung hat Recht, wenn sie die besetzten Gebiete vor bolschewistischen Terrorismus behauptet. Eine antirussische Lösung der politischen Frage braucht durchaus nicht eine Quelle von Mißverständnissen zu sein. Wenn die Friedensverhandlungen in Bresl nicht zu bindenden Abschlüssen geführt haben, so trägt dazu der müde Zustand Russlands selbst die Ursache. Man erwarte nicht die Stellung nehmen gegen die Arbeit der unabhängigen Sozialisten, durch Flugblätter und Auftritte die Arbeitsverhältnisse zu unterbrechen. Am 4. August 1914 erfolgte der Anschluß der Arbeiterklasse an das Volk. Es galten die Bedingungen zu einem gerechten Kriege. Wer die Leute, die die Erziehung propagandistisch betreiben, der unbilligsten Grobherabwürdigung unterwerfen, die haben die Staatsautorität in einer Weise untergraben, wie niemand zuvor (H).

Staatssekretär Dr. v. Rühlmann: Der Herr Abgeordnete Stresemann hat in seinen Ausführungen ausgesprochen, daß es wünschenswert wäre, die deutschen Ministerpräsidenten häufiger öffentlich zu machen. Eine fast 200jährige parlamentarische Tradition liegt in England vor, und in England gehört die öffentliche Rede, insbesondere die öffentliche Rede beim politischen Zwecken zu den alten und schätzbarsten Gewohnheiten. Bei uns ist diese Auffassung noch nicht durchgedrungen. Jede Verkörperung eines Staatssekretärs oder Ministers würde mit der Gewissenhaftigkeit und mit der Entschlossenheit des britischen Geistes, welche eine der größten Eigenschaften der deutschen Nation darstellt, auf der Basis der Gewissenhaftigkeit und analysiert werden. Besonders der unserer Verfassung, die eben nur einen wirklich verantwortlichen Minister, nämlich den Reichskanzler im Reich kennt, würde es nicht ganz leicht sein, bei einigermaßen bedeutenden Gegenständen ohne vorherige Festlegung des Textes mit dem Herrn Reichskanzler, derartige Reden zu halten. Das ist ohne weiteres zu ersehen.

Manchmal sind ja Anlässe gemacht worden.

Der Herr Abg. Freiherr v. Camp stellte die Frage, ob denn seit Beginn der Friedensverhandlungen die Friedensbedingungen nach dem Osten auch mit der Deutschen Heeresleitung besprochen wären. Sie kann die Versicherung geben, daß die Gestaltung unserer Ziele nach dem Osten selbstverständlich bei dem sehr häufigen Austausch der Meinungen zwischen der politischen Leitung und der Obersten Heeresleitung stets und besonders vor Beginn der Verhandlungen den Gegenstand sehr eingehender Erörterungen gebildet haben, und ich lege Wert darauf, gewissermaßen, was alles in der Presse nicht gesagt, aber angedeutet ist, darauf hinzuweisen, daß über die Gestaltung dieser Dinge im allgemeinen irgend welche neuwertigen Meinungsverschiedenheiten nicht bestanden haben, zu keiner Zeit, an die ich mich erinnere.

Verkannt.

Roman von Heda von Schmidt.

113 (Nachdruck verboten).
„Was macht die Braut aus Kanada?“ fragte Frau Hammen beim Abschied.
„Ach“, erwiderte Thea zerküsst, „man wird ja nicht klug aus ihr. Tante Vete hat sie heute unter ihre Ärmel genommen, geht mit ihr ins Theater.“
„Hoffentlich werden der Henrika nicht auch noch solche Paupen in den Kopf gesetzt. Heino — der ist ja eine Art von Mepphillo.“
„Aber Hammen, der gute liebe Heino, der und ein Mepphillo...“
„Er hat dir die Theaterdosen beigebracht.“
„Ach nein, die Stehen mir im Blut“, sagte Thea und band sich vor dem großen Spiegel ihren Schleier um den Hut.
„Von den Orbnings hat ich Menschengehirnen niemand Theater gespielt, und von Mamas Seite auch keiner“, behauptete Frau Hammen mit Entschiedenheit, „bloß Tante Vete hat diese Theatermanie, und die hat auf dich abgesehen, du armes Kind.“
Ein paar Tage nachher, als die Herbstsonne warm schien und das bunte Septemberlaub in allen Farben schimmerte, wanderten Tante Vete, Thea, Henrika und Heino rund um den Schladenssee. Sie hatten heute schon einen langen Marsch hinter sich, waren mit allerhand Ausbeute: Tannenzweigen, rotbraunen Hornschwämmen und goldgelben Blättern, die nur noch lose an den Nadeln hingen, beladen.
Tante Vete war, obgleich sie ihren 65. Geburtstag gefeiert hatte, noch ausgezeichnet zu Fuß. Sie hatte ihren grauen Lobenrock hochgedrückt und handhabte ihren Regenstirn wie einen derben Eselsrücken.
Der See schimmerte in einer beinahe noch sommerlichen Färbung, doch die herbstlichen Bäume, deren Bild er wieder spiegelte, zeigten die Infusionen vor sommerlicher Zeit.
Thea schritt den anderen voraus.
Es lag jetzt immer eine ihr selber unerklärliche Unruhe in ihrem Wesen, sie sie verabschied zu bemerken suchte

Wenn ich zu den Bemerkungen des Herrn Abg. Lebebour übergeben kann, so hat er von der Rolle der ukrainischen Rada und der diplomatischen Stellung ihrer Abordnung in Bresl-Witowsk ein Bild entworfen, das unrichtig ist. Er sprach von einer russischen Föderation und davon, daß infolge dieser Föderation die Abgeordneten der ukrainischen Rada nur sozusagen als Unterabteilung der Delegation der Polischewitski in Petersburg auftreten können. Dies entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Die Republik der ukrainischen Rada in Kiew ist sowohl von den Polischewitski als von uns als selbständige Republik anerkannt worden. Auf Seiten der bolschewistischen Abordnung und von uns, solange sie hoffte, daß die ukrainische Rada-Abordnung als diplomatische Hilfstuppe für sie eintreten würde, Schwierigkeiten dagegen nicht erhoben worden. Als die Herren aber sahen, daß die Ukrainer ihre eigenen Wege gingen und national-ukrainische Ziele verfolgten, ist allerdings ein Umsturz eingetreten. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß sowohl Rußland wie die Ukraine genau in demselben Maße berechtigt sind zur freien diplomatischen Aktion nach außen wie irgend ein anderer Staat.

Der Herr Abg. Seyda, der für die polnische Fraktion gesprochen hat, glaubte sich darüber besorgen zu sollen, daß zwar die Vertreter der Ukraine amtlich diplomatisch in Bresl-Witowsk tätig gewesen seien, nicht aber die Vertreter der polnischen Fraktion in Bresl-Witowsk. Die Vertreter der russischen Rada-Abordnung ist wiederholt zum Gesamtstand des Weltkongresses zwischen uns und der russischen Delegation gemacht worden. Herr Trost meinte eines Tages warum die Vertreter nicht erschienen seien. Als ich mich aber meines Teils auf den Standpunkt stellte, mir seien ohne weiteres bereit, die Vertreterfrage in der entgegenkommendsten Weise zu behandeln, sobald er sich auf den Standpunkt stellte, wie es logisch ganz unausweichlich war, daß eben doch nur Vertreter der Rada und der Staatskörper zu den Verhandlungen zugelassen würden, trat er einen eiligen und sehr gebundenen Rückzug an und hatte es bisher außer ängstlichste Vermieden, an diese heisse Schüssel jemals wieder heranzukommen.

Wenn ich übergeben darf zu der Rede, welche der Herr Abg. David gehalten hat, so hat er eine mir im Original noch nicht vorliegende Rede des Herrn Joffe über unsere Publikation geltend gemacht. Daß wir uns nicht darauf einlassen können, alles, was die russische Delegation häufig in vollkommen zweifelsfreier Weise zum Fenster hinaus redet, durch unseren amtlichen Apparat verbreiten zu lassen — das kann uns kein Mensch zumuten.

Der Herr Abg. David — und das möchte ich warm begründen — hatte darauf hingewiesen, daß der Vertretungskörper in Witauen, der einzige Vertretungskörper, für dessen Zusammenlegung wir sozusagen voll verantwortlich sind, wirklich verständlich und ehrlich zusammengestellt worden ist, jedoch eine Vertretung des lituanischen Volkes in seinen Schichten und Strömungen nach Möglichkeit erstrbt worden ist. Es ist mir die Auffassung eingetreten, als würden wir für die Vertretung der anderen vorhandenen Vertretungskörper unbedingt bis zum Kriegsausbruch zu warten die Pflicht haben. Ich möchte diese Pflicht ausdrücklich ablehnen. Wir werden, wenn der Friede mit Rußland zustande gekommen ist, schon alles mögliche tun, um diese Vertretung schon während des Krieges zustande zu bringen.

Der Herr Abg. Raumann hat eine Menge interessanter Gesichtspunkte angeworfen. Er hat mit einer Zartheit, die ich nicht zu teilen vermag, auf die Methode der Polischewitski hingewiesen. Wir wollen die Sache beim Namen nennen. Die Polischewitski stützen sich einfach auf die brutale Macht, ihr Argument sind Kanonen und Maschinengewehre (sehr richtig), und wenn der Herr Abg. Raumann leise von einer Art Bedrohung der persönlichen Existenz gesprochen hat, so möchte ich

ihn mit Wilhelm Buch antworten: „Dem seinem Dasein als Subjekt wird alsbald ein Ziel gesetzt.“ (Seiterfort.)

Also Meinungsverschiedenheiten werden durch Auslösung des Gegners in radikaler und befriedigender Weise beigelegt. Wenn ich auf das Verfahren der Herren Polischewitski gegenüber der mit so großem Pomp angefündigten geistlichen Vorbereitung, daß zwei Kreuze sich vor das Laurische Palais (sagen und ihre Kanonen mit kaiserlicher Munition auf die Fenster dieses Palais richteten. Als dieses Argument auch nicht durchschlagend genug war, wurden die Herren einfach mit Bajonetten nachhause gejagt. (Hört! hört!) Der Herr Abg. Raumann ist auf den Ausdruck „politische Lösung“ zu rückgekommen. Die mitteleuropäische Frage ist außerordentlich schwerwiegend, und das zeigt sich auch darin schon, daß die Vorberedungen noch nicht zu irgend einem „mittlungsreifen“ Zustande gelangt sind. Was Graf Czernin von Polen gesagt hat, das können wir auch ruhig von den anderen Randvölkern sagen, welche den Gegenstand der Debatte bilden werden. Wir haben genau dasselbe Vertrauen zu der Anziehungskraft des freien, großen deutschen Staates auf diese Völker, wie die deutsche Politik wird nie, unter keinen Umständen zu heimlichen Polizeibrudern oder irgend dergleichen Mitteln greifen, die auf die Dauer meiner Ueberzeugung noch nur das Gegenteil bewirken könnten, was wir bewirken wollen, nämlich ein freies, achtungsvolles und freundschaftliches Verhältnis zwischen uns und den Randvölkern.

Durchaus begründen möchte ich, was der Herr Abg. Raumann über die Beziehungen zu unseren Bundesgenossen, den Türken und Bulgaren, gesagt hat. Ich unterbreite da jedes Wort, was gesagt worden ist. Die Völker sind in schweren entscheidungsreichen Stunden, vertrauensvoll auf den Stern des Deutschen Reiches, an unsere Seite getreten, und sie sollen in keiner Stunde der Friedensverhandlungen den Eindruck bekommen, daß das deutsche Wort nicht für jeden Deutschen bindend ist bis zum Ende (Lebhafter Beifall). Der Herr Abg. Raumann hat ein Flugblatt verlesen, welches in vielen Beziehungen interessante Ausblicke gewährt. Wenn dieses Flugblatt die Ansicht der unabhängigen Sozialdemokraten wieder spiegeln soll, und wenn diese Ansicht mit denen der Polischewitski sich in so vollkommenen Uebereinstimmung befinden, wie wir mehrmals von der äußersten Linken gehört haben, so möchte ich allerdings an den Abg. Dr. David die Frage richten, ob er dann über die unbedingte Sicherheit des Trostlichen Friedenswillens noch ebenso bestimmt und optimistisch denkt, wie er das heute häufig zum Ausdruck gebracht hat. Ich bin nicht überzeugt, ob bei diesen Herren nicht noch eine andere Politik getrieben wird als die des offenen und ehrlichen Friedensschlusses mit den nun einmal wie die Sünde und das Gift verhassten „Bourgeoiseregierungen der Zentralmächte.“

Eins kann ich sagen, daß ich nach dieser Debatte, welche in weitestem Umfange für uns Klärung gebracht hat, mit vermehrter Ruhe und Sicherheit hinausgehe, um die schwierigen Verhandlungen, die noch bevorstehen, fortzusetzen. Sie können sich darauf verlassen, meine Herren, daß der ernste Friedenswille, der der obersten Leitenden der deutschen Regierung ist, uns dazu bewegen wird, auch weiterhin mit der größten Sachlichkeit und Geduld jeden Weg zu gehen, der zu einem vernünftigen und ehrenvollen Frieden führen kann.

Abg. Haase (L. Soz.) führte aus: Das Antreten der deutschen Unterhändler hat die Verhandlung in Bresl erwidert. Der Randvölkern ist das Selbstbestimmungsrecht einzuräumen.

Der Herr Abg. Raumann hat heute vorzüglich ein Flugblatt erwähnt, das jetzt im Wortlaut mir vorliegt. Das Flugblatt klingt aus in den Ruf: „Achtet zu uns alle gemein in Wälfenstreik in den nächsten Tagen.“ Ich habe zu diesem Aufruf folgendes zu sagen: Die verbündeten Regierungen sind sich der Pflicht zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung

„Welch eine glückliche Fügung, daß ich Sie nun doch getroffen habe, gnädiges Fräulein“, sagte er, „ich komme nämlich direkt aus der Kleiststraße. Von Ihrer Frau Mutter erfuhr ich, daß Sie einen Ausflug hierher unternommen hätten. Darf ich bitten, mich vorzustellen,“ setzte er verbindlich hinzu, vernichte sich tief vor Tante Vete, ein blickten kurz vor Heino, und lächelte dann mit solch einem erkaunten Gesichtsausdruck vor Henrika das Santos stehen, daß Thea unwillkürlich hell aufschrie und Tante Vete in einer tiefen Tonart vergnügt einstimmte.

Heino erlaubte sich bloß zu lächeln, und Henrika selber verzog keine Miene.

Wollen Sie mir nicht Ihre Hand zur Begrüßung geben, Fräulein Henrika“, sagte er, „daß ich Sie auf den ersten Blick nicht wieder erkannt habe, ist einigermaßen für jeden Eingeweihten begreiflich“, fügte er mit leiser Ironie hinzu. „Sie haben sich nämlich in den Wochen, in welchen ich nicht den Vorzug genossen, Sie zu sehen, ganz außerordentlich verändert, Fräulein Henrika.“

Jegendetwas, er wußte selber nicht, was es war, himmelte ihn immer gegen Henrika. Auch gegen die in ihrer äußeren Erscheinung nun vollkommen veränderte Braut seines Bruders.
„Ja“, meinte Henrika kurz, und blickte über Fred hinweg, „Großvater sagt immer: ‚Kleider machen Leute‘, wenn sich die Vögel, die bei uns drüben in Kanada Bäume fällten, Sonntags wuschen und umkleideten.“

Fred Delarue, der, trotz seiner jungen Jahre, die verwiderten kaummännlichen Gesichtszüge mit großer Volkommenheit zu entlocken pflegte, der, wenn er bei Stimmung war, als ein brillanter Gesellschaftler in den Salons seiner Kreise galt, war diesem jungen Ding gegenüber plötzlich um eine passende Antwort verlegen.

Er fragte sie hastig, ob sie Nachrichten von Hans habe. Es entging ihm nicht, daß sich ihre Stirn fast unmerklich spannte, als sie erwiderte: „Ja, es geht ihm gut. Er schreibt bloß Karten. Sie wissen ja, seine Zeit ist immer so knapp. Aber es geht ihm gut, und das ist die Hauptsache.“

(Fortsetzung folgt.)

und Sicherheit unter allen Umständen bewahrt. Wie bisher in Verhandlungen über einen Europäischen Krieg. Wenn wir jetzt in eine der Kampfsphäre der Reichsstände treten, dann danken wir das nicht ungerade Preisgeben, sondern auch der Einheit und Kraft, die wir bis jetzt Gott Dank bewahrt haben. Heimträger, die leichter über Gut und Blut anderer verfügen, sind auch meine Leute nicht. Aber es gibt noch eine andere Art von Heimträger, und das sind die Schlichter, die in der Person die Arbeitsergebnisse an die Front des Wirtschaftskrieges schicken. Dem ein solcher Wirtschaftskrieg bricht auch die Front brauchen und bringt den Männern Tod, die auch für Heimat, Weib und Kind des Arbeiters streiten. Und im gleichen Augenblick, in dem die deutschen Männer fällt liegen, werden die Männer der Munitionsfabriken in Frankreich, England und Amerika doppelt ernstlich kämpfen.

Nun, meine Herren, alle Stände, Arm und Reich haben genereller in der Treue zum Vaterland. Das auch die deutsche Arbeiterschaft in jeder vorfindlichen Treue ausstrahlt, das ist und bleibt mein bester, zuverlässigster Glaube.

Abg. Gröbe (Hann.) nimmt das Wort. Im Laufe der Verhandlungen ist Herr Bismarck für das Selbstbestimmungsrecht ins Feld geführt worden. Welche Stellung Herr Bismarck unter den heutigen Verhältnissen gegenüber Annexionen im Osten einnehmen würde, kann man nicht sagen. Im deutschen Reichstag wird ausgesprochen werden, daß Wirself wie der des Wiener Fremdenblattes, nicht erscheinen sollten. Die Vaterlandspartei darf nicht zu hingestellt werden, als wäre durch die Spaltung in das deutsche Volk hineingetragen worden. Nicht Eroberungslust ist es, wenn wir das zur Sicherung und Verteidigung des Vaterlandes notwendig fordern.

Abg. Mumm (Deutsche Fr.) begrüßt die Neuerung des Staatssekretärs Bismarck, die auch von der deutsch-nationalen Arbeiterschaft willkommen geheißen wird. Bismarck erörtert sodann die baltische Frage und wünschte ein germanisches Rönischeres Rändern.

Die Erörterung wurde geschlossen. Die Resolutionen wurden zum Teil als durch die Erörterung erledigt erklärt, zum Teil zur Erörterung hinübergegeben.

Auch in diesem Jahre hat der Reichsanwalt in einer Sonderausgabe zwei neue Reichs-Gesamtsammlungen herausgegeben. Die erste enthält die Gesetze, die seit dem letzten Bundeskongress (1917) bis zum heutigen Tage erlassen worden sind. Die zweite enthält die Gesetze, die seit dem letzten Bundeskongress (1917) bis zum heutigen Tage erlassen worden sind. Die erste enthält die Gesetze, die seit dem letzten Bundeskongress (1917) bis zum heutigen Tage erlassen worden sind. Die zweite enthält die Gesetze, die seit dem letzten Bundeskongress (1917) bis zum heutigen Tage erlassen worden sind.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Der Kaiser
Berlin, 28. Januar. (Amst.) Der Kaiser und die Kaiserin nahmen gestern vormittag an dem Gottesdienst im Dom teil. Die Predigt hielt Oberhofprediger D. Dr. Prandner. Um 12 Uhr nahm der Kaiser die Glückwünsche des Reichstages entgegen. Später hörte er den Generalstabsvortrag.

Umfassende Anzeigen.

Bekanntmachung.

Betrifft die Gewährung von Zulagen an Invaliden u. Rentenempfänger.

Die Magistrat, Amts-, Gemeinde- und Ortsvorsteher des Bezirks wurde ich darauf aufmerksam, daß ihnen die erforderliche Anzahl an Zulagenentwürfen zur Ausbittung an die in Frage kommenden Rentenempfänger mit einem Ansuchen in den nächsten Tagen zugehen wird. Trifft die Gewährung nicht binnen 8 Tagen bei der Gemeindebehörde ein, so ist dem Versicherungsamt hiervon Mitteilung zu machen, damit von hier aus das Erörterliche veranlaßt werden kann.

Der königliche Landrat.

In den nächsten Tagen wird mit den Protokollen auf der Strecke Merseburg-Mühlhausen begonnen und voraussichtlich in den nächsten Wochen der elektrische Bahnbetrieb aufgenommen werden.

Zur Vermeidung von Unfällen bringe ich nachfolgend die wichtigsten Paragrafen der Polizeiverordnungen des Herrn Regierungspräsidenten vom 30. März 1900, 20. Oktober 1910, 30. Dezember 1913, betreffend die mit Maschinen betriebenen Straßenbahnen, in Erinnerung.

1. Befehlsgebungen der Straßenbahn oder der zugehörigen Anlagen sowie der Fahrzeuge nebst Zubehör sind verboten. 2. Es ist verboten, unbefugte Signale zu geben, die Anzeigevorrichtungen zu verstellen, oder zu verzerren, die auf den Fahrzeugen befindlichen, dem Betriebe oder der Unfallverhütung dienenden Einrichtungen zu beschädigen, Straßenbahnen zu verstopfen, die freie Fahrt der Straßenbahn durch Anhalten von Fahrzeugen oder Vieh oder durch Niederlegen von Gegenständen auf oder neben der Straße zu behindern, sowie andere Handlungen vorzunehmen, die den Betrieb behindern.

Veranstaltungen zu Ehren des Kaisers

haben gestern in allen deutschen Städten, namentlich in allen bundesstaatlichen Hauptstädten, dort unter allgemeiner Teilnahme der Monarchen, der Staats- und sonstigen Behörden und weltlicher Bevölkerungsfeste stattgefunden.

Für Ditzingen hat der Kaiser aus ihm zur Verfügung gestellten Mitteln eine Summe von 500 000 Mk. gemacht zur Errichtung einer allen Zweigen des Matrosen- und Seemannsvereins umschließenden Anlage in Regensburg-Bezirk Gumbinnen.

An den Oberhofprediger D. Dr. Prandner hat der Kaiser ein Dantelegramm geschickt, in dem neben dem Dank für die Glückwünsche die Hoffnung ausgesprochen wird, daß die evangelische Kirche sowohl dem Dienste der Farmherren als auch der Verhöhnung und Duldung auf religiösem Gebiet fortwährend widerstehen werde.

Das Arbeitsministerium

Ist dem preussischen Staatsminister für Ernährungsfragen unterstellt worden. Dem Minister des Innern ist nur eine formale Einwirkung in Personal- und Organisationsfragen vorbehalten worden.

Das Ergebnis der Reichstagswahl in Bauen.

wird vom „Vorwärts“ als ein Sieg der sozialdemokratischen Mehrheitspolitik triumphierend verkündet. In Wirklichkeit verbannt die sozialdemokratische Fraktion ihren Sieg dem Eintreten der fortschrittlichen Volkspartei für die sozialdemokratischen Kandidaten Parteisekretär Uhlig. Dieser hatte in der Hauptwahl nur 541 Stimmen mehr erhalten als sein konservativer Gegner Julius Hermann. Die Gesamtzahl der Stimmen in der Stichwahl ist um rund 1500 größer als in der Hauptwahl. Parteisekretär Uhlig hat in der Stichwahl einen Zuwachs von 2704, Julius Hermann einen Zuwachs von 2347 Stimmen erhalten. Somit ergibt sich, daß der weitaus größte Teil der fortschrittlichen Wähler in der Stichwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hat. Durch dieses sozialdemokratische Fraktion in der Reichstagswahl, der seit 40 Jahren ein gescheiterter Reichstagskandidat war, der Sozialdemokratie ungetraut. Bauen-Kommune ist, wie der „Vorwärts“ hervorhebt, der einzige ländliche Wahlkreis, den die Sozialdemokratie bislang noch niemals zu erobern vermochte.

Die fortschrittlichen Wähler, die sich zum sozialdemokratischen Stimmkreis herabgewürdigt haben, müssen sich gewarig halten, daß sie — sobald sie sich außerhalb der bürgerlichen Parteifreie begeben — zum Stimmrecht für die Sozialdemokratie herabinken, als deren „Vorwärts“ sie ja schon einst Bismarck (damals mit vollem Recht) bezeichnet hatte.

Fürst Bischof

verwahrt sich einem Vertreter des „N. Wien. Tagbl.“ gegenüber gegen die Anwürfe des Wiener „Fremdenblattes“. Er wolle nicht glauben, daß irgend ein erlich zu nehmender Mann hinter diesem Artikel stände. Seine frühere Sendung habe auf Berliner Antritten keinen und in erster Föhlung mit dem Wiener „Fremdenblatt“ durchgeführt worden. Von der Redaktionsleitung sei ihm auch Dank und Anerkennung für seine Bemühungen ausgesprochen worden.

Ausland

Czerings Strauenauswahl.
Der österreichische Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten beschloß mit 14 gegen 7 Stimmen ein Strauenauswahl für den ersten Czering. Ein Antrag des Czering betreffend Gewährung des Selbstbestimmungsrechts für die österreichisch-ungarischen Kronländer wurde mit 15 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Nach einem Bekanntnis des Referenten zum Festhalten an deutschen Bündnis auf Gedeih und Verderb wurde die Sitzung geschlossen.

Das neue Ministerium Welser

ist nun doch zustande gekommen. Man bemüht sich, eine Parlamentsmehrheit für die Regierung zu bilden, indes scheint dies noch keineswegs gesichert, zumal die Karolipartei sich ebenfalls einer Verhöhnung verweigert hat. Ein Anhängen des deutschen Bündnisses wird nie die Zustimmung des Grafen Karolipartei finden.

Aus Provinz und Reich

Personalien.
Berlin, (N. Fr.) 28. Januar. Begehrdet und Präfekturführer Erich Schöge von hier erhielt das baltische Kaiserpostkreuz und vom kommandierenden General der Luftkretäfte einen silbernen Pokal mit der Aufschrift „Der Sieger im Luftkampf“.

Erzgr. B. Wangelburg, 28. Januar. Das Eltern-Archiv erster Klasse erhielt Bischofswahl Friedrich Brendel aus hier und Feldwebelkapitän Hermann Liebe aus Gade. — Mit dem Verdienstkreuz für Kriegsverdienste wurde Bezirksfeldwebel G r u e m e l d, hier, ausgezeichnet.

Diebstähle und kein Ende.
r. Spergau, 28. Januar. Nachdem vor vierzehn Tagen ein Diebstahl aus einem Stalle der hiesigen Hengstler zwei Schmeine geköpft worden waren, deren unerschütterliche Hengstler fest im Merseburger Gerichtsgefängnis den entgangenen Hengstler nachtrauen, sind vorgestern wieder Diebe hier zu Besuch gekommen und haben einen nicht allzu bemittelten Mannes Hengst und Kaninchen geköpft. Öffentlich gefasst es auch in diesem Falle, der Täter habhaft zu werden. Da es aber gegen Diebe keinen sicheren Schutz gibt, ist es geraten, solche in jeder Zeit besonders beachtliche Gegenstände, wie Hengst, Schmeine und Kaninchen, möglichst bald in Sicherheit zu bringen. Der Hengstler ist und bleibt immer der eigene Wagon.

Der Getreidehändler als Kriegswächter.

Remberg, 28. Januar. Die Strafkammer verurteilt den Getreidehändler Keller in Remberg zum Freiwerden des verholzwürdigen Malz- und Gersteverkäufen zu 25 000 Mk. Geldstrafe.

Der latente Regierungsumsturz.

Magdeburg, 28. Januar. Der Techniker Carl Weber aus Cönnabrück und die Schneiderin Hani Woppe aus Dönnabrück wurden hier festgenommen. Sie hatten sich in der Drahtschraube als Agenten, Regierungsumstürzer und Frau eingeschrieben und eine Verhaftungsbefehl. Bei der Festnahme hatten sie 28 Mk. bei sich. Zwei Hengstler wurden von der Polizeiverwaltung in Braunschweig, wo es als Reichsamt von Woppe und Braun gewohnt hat, wegen Betrugs bereits gefasst. Beide werden vermutlich aus in anderen Städten Verhaftungen verurteilt haben.

Bestrafte schwere Jünglinge.

Berlin, 28. Januar. Der Maurer Franz Willhoff und der Kaufmann Georg Loewy hatten sich wegen schweren Diebstahls bezw. verurteilt gewerkschaftlicher Schlerer vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts 1 zu verantworten. — In der Nacht zum 19. Mai v. J. waren Einbrüche nach Durchdringung eines eisernen Fensters in das Herrenklubhaus gefolgt, wo S. Loewy in der Hauptstraße in Schöneberg einbrachen und hatten Waren im Werte von über 50 000 Mark gestohlen. Einige Tage später erhielt der Kriminalhauptmann Willhoff davon Kenntnis, daß die gestohlenen Tuche sich in der Wohnung des Angeklagten Willhoff befänden. Als er hier in Begleitung des Schutzmanns Schütz ergriffen, aber nicht annehmend die ganze Diebstahlsgegenstände dabei, wie sie mit dem Angeklagten Loewy über den Verkauf der Stoffe verhandelte. Während die Beamten einen Schloffer holen ließen, unternahm Willhoff mit zwei Genossen eine recht verwegene Guckst, indem sich alle drei auf den schnell zusammengekauften Gardinen vor dem zweiten Stock auf die Straße hinabließen. Willhoff wurde dann einige Tage später bei einem Einbruch in der Landsberger Straße festgenommen. Loewy, der sich bei seiner Verhaftung „Soboloff“ nannte, und erst durch den Erkennungsbildnis als der schon mit Justizhaus vorbestrafte Heber Loewy erkannt wurde, bot dem Schutzmann Schütz 500 Mk. an, wenn er ihn entkommen lassen würde. Das Gericht erkannte gegen Willhoff auf 2 Jahre 9 Monate Gefängnis und gegen Loewy auf 1 Jahr und 3 Monate Justizhaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Selbstmord aus Gram.

Leipzig, 28. Januar. Die erwachsene Tochter des Tuchhändlers Radmann, die ihrem Vater die Wirtschaft führte, wurde von einem Selbstmord betroffen, der ihren Tod herbeiführte. Der Vater erlief aber das obblidliche Absehen der Tochter demselben in Verzweiflung, daß er ihr freiwillig in den Tod nachfolgte, indem er die Gaschlässe öffnete. Das Drama wurde erst nach einigen Tagen bekannt, als eine andere Tochter des B. zu Besuch kam und seinen Einbruch fand.

Ort:	Name der Anstalt:	Stell. der an- gestellten Beamten:
Milberberg	Landeshospital	2
Carlsfeld b/Prebna	Myl Carlsfeld	1
Salze a. d. S.	Veramundstraf	6
	St. Elisabeths-Krankenhaus	2
	Evangel. Diakonienhaus	3
	Priv.-Krankenanstalt Weiden-	1
	plan	1
	Struwalink für orthopädische	1
	Struwalink für orthopädische	1
	und Blindenanstalt für den	1
	Regier.-Bezirk Merseburg	1
Hohenmölsen	Kranpitals - Krankenhaus	1
Merseburg	Städtisches Krankenhaus	1
Raasdorf	Kranpitals - Krankenhaus	1
	Leuchtturm	2
Merseburg b/Palle a. S.	Landeshospital	2
Schöngy	Infanterienheimstalt Herr	1
	mannswahl	1
Weißenfels	Städtisches Krankenhaus	1
Zeitz	Städtisches Krankenhaus	2

§ 50 der Prüfungsordnung für Ärzte vom 28. Mai 1901 zur Annahme von Praktikanten ermächtigt Krankenhäuser und medizinisch-wissenschaftlichen Institute veröffentlicht werden. Der den hiesigen Regierungsbezirk betreffende Teil wird nachstehend bekanntgegeben:

Ort:	Name der Anstalt:	Stell. der an- gestellten Beamten:
Milberberg	Landeshospital	2
Carlsfeld b/Prebna	Myl Carlsfeld	1
Salze a. d. S.	Veramundstraf	6
	St. Elisabeths-Krankenhaus	2
	Evangel. Diakonienhaus	3
	Priv.-Krankenanstalt Weiden-	1
	plan	1
	Struwalink für orthopädische	1
	Struwalink für orthopädische	1
	und Blindenanstalt für den	1
	Regier.-Bezirk Merseburg	1
Hohenmölsen	Kranpitals - Krankenhaus	1
Merseburg	Städtisches Krankenhaus	1
Raasdorf	Kranpitals - Krankenhaus	1
	Leuchtturm	2
Merseburg b/Palle a. S.	Landeshospital	2
Schöngy	Infanterienheimstalt Herr	1
	mannswahl	1
Weißenfels	Städtisches Krankenhaus	1
Zeitz	Städtisches Krankenhaus	2

Von dem sonst üblichen Abdruck eines ausführlichen Verzeichnisses der preussischen Anhalten und der Herausgabe eines Gesamtverzeichnis in Buchform wird seitens des Herrn Ministers aus in diesem Jahre Abstand genommen.

Merseburg, den 14. Januar 1918.

Der Regierungs-Präsident.

Beauftragter:
Merseburg, den 25. Januar 1918.

Der königliche Landrat.
J. B. K r i e t e n, Kreissekretär.